Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8242**

16. Wahlperiode 21. 02. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Rainer Stinner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/6999 –

Schutzsystem gegen Sprengfallen unverzüglich beschaffen

A. Problem

Die Qualität und Häufung von Anschlägen auf Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ist besorgniserregend. Immer wieder ist es in der letzten Zeit im Einsatz zu Personenschäden durch Sprengfallen gekommen. Die bisher durch die Bundeswehr im Rahmen des einsatzbedingten Sofortbedarfs beschafften Störsender befinden sich noch in der Erprobung. Der derzeit für den Zulauf von Störsendern vorgesehene Zeitrahmen ist angesichts der bestehenden Bedrohungssituation nach Ansicht der Antragsteller eindeutig zu lang. Sie fordern daher die Bundesregierung auf, zum Schutz der im Rahmen von Auslandsmissionen eingesetzten Soldatinnen und Soldaten unverzüglich ein effektives und am Markt verfügbares Schutzsystem gegen Sprengfallen zu beschaffen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/6999 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Berichterstatter

Gerd Höfer
Berichterstatter

Elke Hoff
Berichterstatterin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Alexander Bonde
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Gerd Höfer, Elke Hoff, Paul Schäfer (Köln) und Alexander Bonde

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/6999** wurde in der 136. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2008 an den Verteidigungssausschuss zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/6999 in seiner 62. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/6999 in seiner 73. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hält den Antrag insofern für wenig sachlich, als sich der Eindruck aufdränge, er sei prophylaktisch gestellt worden, um beim nächsten Anschlag auf eben diesen Antrag hinweisen zu können. Es sei unbestritten das Anliegen aller Fraktionen, dass alles Mögliche unternommen werde, um den Soldatinnen und Soldaten den bestmöglichen Schutz im Einsatz zu gewähren. Im Hinblick auf die Störsender gebe es jedoch durchaus noch technische Probleme. So würden zum einen die Soldatinnen und Soldaten aufgrund der Stärke der Störsender der Gefahr von Strahlungsschäden ausgesetzt. Zum anderen könnten die Sender auch die eigene Kommunikation stören. Insofern sei hier eine gründliche technische Vorbereitung notwendig. Dabei sei man auf einem guten Weg, zumal bereits jetzt ein erheblicher Teil der in Afghanistan eingesetzten Fahrzeuge geschützt werden könne. Bezüglich der Kleinstörsender werde noch in diesem Jahr eine genügende Anzahl zur Verfügung stehen.

Nach Auffassung der **Fraktion der SPD** versuche die Fraktion der FDP mit diesem Antrag nach außen den Eindruck zu erwecken, dass die Störsender ohne Intervention der Fraktion der FDP wahrscheinlich nicht beschafft worden wären. Tatsächlich sei jedoch bereits im Rahmen früherer Beratungen über den Verteidigungsetat klar gewesen, dass die Beschaffung eingeleitet worden und eine Erprobungsphase notwendig sei, da in der Tat noch technische Schwierigkeiten bestanden hätten. Im Zusammenhang mit den Kapitelberatungen hätten sich die Fraktionen des Verteidigungsausschusses auch einvernehmlich dafür eingesetzt, eine Beschaffung von Störsendern zu priorisieren.

Die **Fraktion der FDP** verwahrt sich gegen die aus ihrer Sicht geäußerte Unterstellung, dass man sich durch diesen Antrag lediglich zu profilieren versuche; dafür sei das Thema zu ernst. Vielmehr gehe es darum, ein bereits seit 2005/2006 bekanntes Schutzdefizit endlich abzubauen. Die deutsche Industrie unternehme erhebliche Anstrengungen, technische Möglichkeiten zu schaffen, um Schutz gegen Sprengfallen möglichst schnell verfügbar zu machen. Dabei sei man sich sehr wohl bewusst, dass es eine hundertprozentige Sicherheit vor Sprengfallen kaum geben werde. Dennoch hätten die Bundeswehrangehörigen einen Anspruch darauf, so gut wie irgend möglich geschützt zu werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass die Aufrüstungsspirale im Straßenkampf längst in Gang sei. So würden Explosionen zum Teil bereits mittels Funktionsmechanismen ausgelöst, die durch Störsender nicht unterdrückt werden könnten. Insofern sei es illusionär zu glauben, man könne mit derartigen Sendern ein wirksames Schutzsystem installieren. Der beste Schutz der Soldatinnen und Soldaten sei daher der Rückzug aus Afghanistan. Im Übrigen bestünden im Hinblick auf die Störsender in der Tat Probleme, was die Strahlenbelastung für die Bundeswehrsoldaten und die Störung der eigenen Kommunikation anbelange.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** ist der Meinung, dass zumindest der Zündung von Sprengfallen mittels Funkverbindung entgegengetreten werden sollte, wenn entsprechende technische Möglichkeiten hierzu bestünden. Dies gelte auch, wenn ein hundertprozentiger Schutz dadurch nicht erreicht werden könne. Zudem sei fraglich, ob die Bundesregierung im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten diese Frage mit ausreichender Priorität behandelt habe.

Berlin, den 13. Februar 2008

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) Berichterstatter	**Gerd Höfer** Berichterstatter	**Elke Hoff** Berichterstatterin
Paul Schäfer (Köln) Berichterstatter	**Alexander Bonde** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333